



SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2015 | 7

27.02.2015

INHALT

ZUR LAGE	2
ZUR WOCHE	4
PAKT FÜR RHEINLAND-PFALZ	4
WICHTIGES SIGNAL FÜR DIE KOMMUNEN	4
WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG HABEN HOHE PRIORITÄT	5
NEUES LANDESWASSERGESETZ ERSCHWERT FRACKING	5
HOHE ZUSCHÜSSE FÜR KRANKENHÄUSER	6
MINDESTLOHN GILT NICHT FÜR AMATEUR-SPORTLER	6
ZAHLEN UND FAKTEN	8

ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

in den vergangenen Tagen sind wir einen großen Schritt vorangekommen mit Blick auf den Wahltermin 2016: In unserer Fraktionssitzung haben wir uns einmütig dafür ausgesprochen, dass unsere Landtagswahl gemeinsam mit den Wahlen in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt stattfinden soll. Die Argumente liegen auf der Hand: Das mediale Scheinwerferlicht wird durch einen Superwahl-Sonntag heller sein. Die Bürger werden aufmerksamer den Wahlkampf verfolgen. Dies wiederum dürfte zu einer hohen Wahlbeteiligung führen.

Denn eins ist offensichtlich: Viel zu oft ist es hier und in anderen Bundesländern traurige Realität, dass bei Abstimmungen viele Menschen den Weg in das Wahllokal nicht mehr auf sich nehmen. Eine niedrige Wahlbeteiligung können wir aber nicht schulterzuckend hinnehmen, sie untergräbt dauerhaft unsere Demokratie.

Mit unserem Koalitionspartner BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und mit der Oppositionsfraktion CDU sind wir uns über den Wahltermin einig. Gemeinsam wollen wir die nötige Verfassungsänderung angehen, um mit den anderen Bundesländern abstimmen zu können. Eine Änderung ist nötig, da ein so früher Termin nicht von der derzeit gültigen Landesverfassung gedeckt ist. Unser **Parlamentarischer Geschäftsführer Carsten Pörksen** hat nun mit den anderen Fraktionen einen Fahrplan zur Verfassungsänderung abgestimmt.

Als Fraktion ist uns besonders wichtig, einen engen Kontakt zu Organisationen, Verbänden und Vereinen, sowie zu Gewerkschaften und Unternehmen zu pflegen. Dafür haben wir bereits einen Mindestlohn-Dialog veranstaltet und organisieren kommende Woche einen zweiten Dialog zu dem Thema. Zu einem Sport-Dialog der SPD-Fraktion kamen in dieser Woche rund 40 Vertreterinnen und Vertreter von Sportverbänden und Vereinen aus dem ganzen Land zusammen. In sehr intensiven und offenen Debattenbeiträgen haben wir uns darüber ausgetauscht, wo Sport und Sportpolitik in Rheinland-Pfalz gut und wo noch weitere Anstrengungen sinnvoll sind.

Mit unserer **Bildungsministerin Vera Reiß** sowie dem Sport-Staatssekretär im Innenministerium Günter Kern war auch die Landesregierung prominent vertreten. Fragen, Kritik und Anregungen konnten die Teilnehmer so direkt an die jeweils zuständigen Stellen

richten. Auch unsere Fraktion war mit über einem Dutzend Abgeordneten stark vertreten und unterstrich damit den hohen Stellenwert des Themas. Unser *sportpolitischer Sprecher Michael Hüttner* hat souverän durch die Veranstaltung geführt.

Immer mehr Flüchtlinge und Asylsuchende kommen nach Deutschland und Rheinland-Pfalz; der Umgang mit diesen Menschen beschäftigt uns rheinland-pfälzische Politiker oft. Aus den vergangenen Tagen bleiben zwei sehr positive Nachrichten haften: Unsere Landesregierung konnte mit dem Bund vereinbaren, dass Asylanträge künftig vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beschleunigt bearbeitet werden. Asylsuchende aus dem Kosovo können so schneller in ihre Heimat zurückgeschickt werden.

Die Erfahrung zeigt, dass ein Großteil der Anträge von Kosovo-Flüchtlingen abgelehnt werden muss. Denn viele Menschen kommen aus dem Kosovo wegen der dort hohen Arbeitslosigkeit. Von den derzeit rund 2650 Asylbewerbern in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Trier und Ingelheim stammen rund 80 Prozent aus dem Kosovo.

Positiv ist auch, dass strittige Asylverfahren in Rheinland-Pfalz im bundesweiten Vergleich rasch vor Gericht verhandelt werden: Hier hat 2014 ein erstinstanzliches Verfahren nur fünf Monate gedauert, in den meisten anderen Ländern dauert es Monate länger. Daraus folgt: In Rheinland-Pfalz wird besonders schnell geklärt, wer asylberechtigt ist und wer nicht. Diese rasche Klarheit ist auch im Sinne der Kommunen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Alexander Schweitzer".

Alexander Schweitzer

ZUR WOCHE

Pakt für Rheinland-Pfalz

Unsere **Ministerpräsidentin Malu Dreyer** hat die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen beim Treffen des „**Pakts für Rheinland-Pfalz**“ als „*gesamtgesellschaftliche Herausforderung*“ bezeichnet. Weder Staat noch Kommunen oder das bürgerschaftliche Engagement allein können diese Herausforderung meistern. Alle Kräfte unserer Gesellschaft – ob Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen oder Sozialverbände – sind gefordert und haben sich des Themas bereits angenommen. Das Beratungsgremium „Pakt für Rheinland-Pfalz“ wurde 2009 gegründet. Unsere **Ministerpräsidentin Malu Dreyer** hatte die Mitglieder des Pakts eigens zum Thema Flüchtlinge eingeladen – ergänzt um Fachleute aus den betroffenen Bereichen wie Migrations- und Asylarbeit oder Volkshochschulen und Erwachsenenbildung.

Wichtiges Signal für die Kommunen

Als ein „*wichtiges Signal für die Kommunen*“ hat unser **Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer** die Einigung unserer **Ministerpräsidentin Malu Dreyer** mit den kommunalen Spitzenverbänden zur Finanzierung des Ausbaus der Kinderbetreuung im Land bezeichnet. Mit anhaltender Dialogbereitschaft ist es der SPD-geführten Landesregierung gelungen, einen fairen Kompromiss für alle Beteiligten zu erzielen. Das Land wird beim Ausbau des Angebots für unter Dreijährige rückwirkend einen Betrag von 25 Millionen Euro gewähren, um die seit 2007 gestiegenen Baukosten auszugleichen. Überdies werden das Land und der Bund die Kommunen aufgrund der zunehmenden Zahl von Flüchtlingen mit insgesamt 29 Millionen Euro unterstützen. Das Land leitet Bundesmittel in Höhe von 24 Millionen Euro an die Kommunen weiter, zusätzlich stellt die Landesregierung den Kommunen 5 Millionen Euro im Kommunalen Finanzausgleich (KFA) zur Verfügung. Für die Erstunterbringung der Flüchtlinge werden weitere 19 Millionen Euro des Landes mobilisiert.

Die SPD-Fraktion hat dieses wichtige Signal an die Kommunen in der Plenarsitzung thematisiert. In der Debatte betonte unsere **bildungspolitische Sprecherin Bettina Brück**: „*Land und Bund haben in den vergangenen Jahren die Kommunen beim Ausbau des Angebots für unter Dreijährige unterstützt. Daher ist es folgerichtig, dass dieser Weg in guter Zusam-*

menarbeit weiter beschritten wird“. Besonders zu begrüßen ist, dass das Land die Verteilung der Gelder im Schulterschluss mit den kommunalen Spitzenverbänden beschlossen hat. Unsere **flüchtlingspolitische Sprecherin Ingeborg Sahler-Fesel** fügte an: *„Die Aufnahme der Flüchtlinge in unserem Land ist eine Aufgabe, die wir nur gemeinsam und im Konsens stemmen können“.*

Wissenschaft und Forschung haben hohe Priorität

Die Landesregierung wird die Grundfinanzierung der rheinland-pfälzischen Hochschulen im Jahr 2015 um 25 Millionen Euro erhöhen. Rund 16 Millionen Euro dienen der Finanzierung von rund **200 Dauerstellen an den Hochschulen**, weitere rund 9 Millionen Euro erhalten die Hochschulen für Sachkosten (*siehe „Zahlen und Fakten“, Seite 8*). Unsere **hochschulpolitische Sprecherin Barbara Schleicher-Rothmund** begrüßt die neuen rund 200 zusätzlichen Stellen: *„Es können Studienschwerpunkte ausgebaut und Beratungs- und Betreuungsangebote erweitert werden.“*

Nach der Schaffung von 100 zusätzlichen dauerhaften Stellen an den Hochschulen im Doppelhaushalt 2014/2015 ist das neue Programm ein weiteres Signal der Landesregierung, dass Wissenschaft und Forschung hohe Priorität haben. Unsere **Wissenschaftsministerin Vera Reiß** setzt dafür die Mittel ein, die ihr durch die alleinige Kostenübernahme des Bundes für Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) zur Verfügung stehen.

Neues Landeswassergesetz erschwert Fracking

Die rot-grüne Koalition hat in den Landtag ein neues Landeswassergesetz eingebracht. Ziel ist es, dass Tiefenbohrungen wie Fracking oder im Rahmen von Geothermie erschwert werden. Für solche Tiefenbohrungen sollen nach Verabschiedung des Gesetzes wasserrechtliche Erlaubnisverfahren vorgeschrieben sein. Grundsätzlich verboten ist Fracking zudem in Wasserschutzgebieten, Heilquellenschutzgebieten und Einzugsgebieten von Mineralwasservorkommen.

Unser **umweltpolitischer Sprecher Marcel Hürter** nennt das geplante Gesetz einen *„wichtigen Schritt“*, um eine gute Verfügbarkeit von Wasser und eine hohe Wasserqualität sicherzustellen. Geplant ist etwa, dass Wasserbehörden künftig Gewässerrandstreifen festsetzen, wenn Schadstoffe die Ursache für einen nicht guten Gewässerzustand sind.

Die Randstreifen haben zur Folge, dass Landwirten dort der Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln untersagt wird. Allerdings sieht das Gesetz einen Vorrang von Kooperation vor den Verboten vor.

Hohe Zuschüsse für Krankenhäuser

Unsere **Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler** hat ihr umfangreiches Krankenhausinvestitionsprogramm für 2015 vorgestellt. Insgesamt 37 Kliniken erhalten 63 Millionen Euro. Davon fließen 16 Millionen Euro Fördergeld in die OP-Abteilungen und zehn Millionen Euro in die Psychiatrie. 17 Millionen Euro gehen in den Pflegebereich. Mit den zusätzlichen Mitteln soll dort die Bettenzahl pro Zimmer schrittweise reduziert werden. Unsere **Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler** betont: *"Unser Ziel ist es, eine Mischung hinzubekommen zwischen Einzel-, Zweibett- und dann maximal Dreibettzimmern."*

Zusätzlich bekommen alle Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz eine pauschale Landesförderung für Investitionen. Der Gesamtbetrag über 52,2 Millionen Euro wird entsprechend den Fallzahlen über das Land verteilt.

Mindestlohn gilt nicht für Amateur-Sportler

Unsere **Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles** hat diese Woche zusammen mit den Spitzenorganisationen im Sport klargestellt, dass Ehrenamtliche sowie Amateur- und Vertragssportler nicht unter das Mindestlohngesetz fallen. Unser **Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer** betonte: *„Mit der Feststellung von Nahles liegt nun schwarz auf weiß vor, dass Amateur-Sportler nicht vom Mindestlohn tangiert sind. Ich hoffe, dass weitere Vorbehalte gegen den Mindestlohn abgebaut werden können.“*

Bereits beim Mindestlohn-Dialog der SPD-Fraktion am 5. Februar 2015 wurde deutlich, dass der Deutsche Olympische Sportbund, der Deutsche Fußballbund und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf einem guten Weg sind, um Fragen von „Vertragsamateuren“ zum Mindestlohn zu lösen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales machte nun deutlich, dass trotz Anmeldung über einen Mini-Job nicht von einem Arbeitnehmerverhältnis auszugehen ist, solange aus der Vertragsgestaltung hervorgeht, dass das Engagement für den Verein nicht zu Erwerbszwecken in einer für ein Arbeitsverhältnis typischen Abhängigkeit erbracht wird. Das Mindestlohngesetz findet in diesen

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



Fällen keine Anwendung. Damit wurde den Sportvereinen eine einfache, handhabbare Lösung entlang der bisherigen Praxis aufgezeigt, die für Vertragsamateure im Sport anwendbar ist.

Der Mindestlohn-Dialog II „Arbeit und Wirtschaft“ der SPD-Fraktion findet am 5. März 2015 um 11 Uhr in Raum 001 des Abgeordnetenhauses statt.

ZAHLEN UND FAKTEN

25 MILLIONEN EURO PRO JAHR ZUSÄTZLICH FÜR HOCHSCHULEN IN RHEINLAND-PFALZ



© SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz